



Protokoll

Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 03.06.2025
Raum, Ort:	Schulungszentrum der FTZ, Werner-Nordmeyer-Str. 13, 31226 Peine
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:25 Uhr

Anwesende:

Vorsitz

Herr Maik Meyer

Mitglieder

Herr Frank Hildebrandt

bis 18:00 Uhr

Frau Antje Schulz

Vertretung für: Herrn Maik Burgdorf

Herr Andreas Leinz

Herr Christian Falk

Frau Stefanie Weigand

Grundmandat

Herr Karl-Heinrich Belte

bis 19:00 Uhr

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Harald Hebisch

Herr Ulrich Steckel

Frau Angela Denecke

Frau Heike Horrmann-Brandt

Beratende Mitglieder

Herr Christian Gebers

Frau Ingeborg Will

Herr Maik Zilling

Frau Myriam Beier

Herr Axel Brandis

Frau Kathinka Plett

Stellvertretende Mitglieder

Frau Prof. Dr. Andrea Friedrich

Frau Ruzanna Srapyan

Vertretung für: Frau Bettina Mai

Protokollführung

Frau Dina Jahns

Entschuldigte:

Mitglieder

Herr Maik Burgdorf fehlt entschuldigt

Herr Robin Samtlebe fehlt entschuldigt

Herr Carsten Lauenstein fehlt entschuldigt

Herr Julius Nießen fehlt entschuldigt

Grundmandat

Herr Niwes Huy fehlt unentschuldigt

Frau Birgit Reimers fehlt unentschuldigt

Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Bettina Mai fehlt entschuldigt

Beratende Mitglieder

Herr Thorben Lais fehlt unentschuldigt

Frau Heike Mika fehlt entschuldigt

Frau Anja Stephan fehlt entschuldigt

Frau Iris Stuke fehlt entschuldigt

Stellvertretende Mitglieder

Herr Horst Matzel fehlt unentschuldigt

Verwaltung

Frau Monique Falkenhain fehlt entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25.03.2025
- 4 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 5 Kindertagesstättenbedarfsplanung
- 6 Aktueller Sachstand der Präventionsketten (in Kooperation mit der Kitafachberatung des Landkreises Peine)
- 7 Aktueller Sachstand AG § 78
- vertagt auf die nächste Sitzung -
- 8 Informationen der Verwaltung
- Aktuelle Personalsituation im Jugendamt
- Aktueller Sachstand Ganztags
- Inklusive Bildungslandschaft
- Frühe Hilfen „Qualitätsworkshop“
- Schreibkraft für den Kreisjugendring
- Bericht aus dem Präventionsrat
- 9 Ausblick
- Careleaver
- OWi
- 10 Anfragen und Anregungen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr KTA Meyer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung werden festgestellt.

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25.03.2025

Beschluss: Das Protokoll wird einstimmig mit zwei Enthaltungen genehmigt.

4. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Es werden keine Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern gestellt.

5 . Kindertagesstättenbedarfsplanung

Vorlage: 2025/080

Frau Peukert, Herr Gebers und Frau Jahns aus dem Fachdienst 34 des Landkreises Peine stellen anhand einer Präsentation die Kindertagesstättenbedarfsplanung für das Berichtsjahr 2024 vor. Als Schwerpunktthema wird die inklusive Versorgung im frühkindlichen Bildungsbereich benannt. Die Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Herr Gebers zeigt den Ablauf der Präsentation auf. Im Anschluss stellt Frau Jahns auf Grundlage der von den Gemeinden gemeldeten Daten den Stand zum Stichtag 01.10.2024 vor. Zu den durch die Gemeinden gemeldeten Daten werden die Daten der Tagespflege hinzugefügt.

Im Kern können daraus folgende Schlussfolgerungen gezogen werden:

- Es besteht eine heterogene Versorgungssituation mit bestehenden „Über- und Unterangeboten“ in den Gebietseinheiten, sodass die Gesamtdarstellung ein falsches Ergebnis suggeriert.
- Die Planungen der öffentlichen Träger entsprechen den situativen Ansprüchen. Es wird empfohlen, dass zukünftig eine Bedarfsquote installiert wird, die nicht (wie bisher) auf einer Hochrechnung basiert, sondern auf einer politischen Entscheidung fundiert, welche sich in einer evidenzbasierten (Befragung der Zielgruppe) Zielquote äußert.
- Zur übergeordneten Sicherstellung des Rechtsanspruchs sollte bei den unterschiedlichen Angebots- und Nachfragesituationen in den Gebietseinheiten ein transparentes Vergabeverfahren erarbeitet werden, um für eine gelingende frühkindliche Bildung ein gebietsübergreifendes Platzangebot zur Verfügung zu stellen.
- Die perspektivische, demografische Entwicklung und die weiteren Maßnahmen zum Ausbau des Platzangebotes bedingen, dass die Bedarfe perspektivisch positiv gedeckt werden, dennoch partizipieren die Bevölkerungsteile hierbei unterschiedlich.
- Bei der Bedarfsplanung im inklusiven Bereiche muss in den nächsten Jahren eine gute Datenlage in Monitoring und Planung erfolgen, da sie derzeit aufgrund unterschiedlicher Systeme noch herausfordernd ist. (Entwicklung von I-Platzbelegung / Angebote und Nachfrage im Bereich der Frühförderung, differenzierte Abfrage der KiTa-Daten)
- Das vermutete Defizit lässt auf ein tatsächliches Defizit schließen, da die Bereitstellung von Plätzen für Kinder mit Beeinträchtigungen die Bereitstellung zusätzlicher (derzeit auch knapper Ressourcen) erfordert.
- Die Gestaltung eines inklusiven SGB VIII bedingt, dass die Planung und Bereitstellung von Angeboten und Maßnahmen zu den Kernaufgaben der Jugendhilfe wird. Es müssen Strategien entwickelt werden, die sich mit bedarfsgerechten Angeboten befassen und auseinandersetzen. Insbesondere im frühkindlichen Bildungsbereich werden hierfür entsprechende Investitionen erforderlich.

Frau Horrmann-Brandt erfragt, ob der Bedarf nicht aus der Einwohnerzahl in der entsprechenden Altersgruppe und den angemeldeten Kindern berechnet werden könne. Diese Zahlen liegen vor, jedoch geben diese keine Information über den Bedarf, da nicht alle Familien ihre Kinder in einer Einrichtung oder durch eine Tagespflegeperson betreuen lassen wollen. Herr Hebisch hinterfragt, ob in der Gemeinde Ilsede nur 50 % der Anmeldungen einen Platz erhalten. Frau Jahns erklärt, dass zum Zeitpunkt der Erhebung in der Gemeinde noch nicht mit einem elektronischen Anmeldesystem gearbeitet wurde. Die Anmeldung eines Kindes für mehrere Einrichtungen kann daher in der Auswertung zu Dopplungen und Fehlwerten geführt haben. Frau KTA Weigand ergänzt, dass in der Gemeinde Ilsede die Situation bekannt ist und es bereits viele Bestrebungen gibt, die Platzsituation auszubauen.

Herr Steckel erfragt, ob in der Präsentation keine Zahlen genannt werden, wie viele Kinder nicht angemeldet wurden. Frau Jahns bestätigt, dass diese Zahl nicht erhoben wurde, da es keine Pflicht gibt, ein Kind für eine Betreuung anzumelden.

Im nächsten Schritt stellt Herr Gebers den prognostizierten Ausblick zur Bevölkerungsentwicklung und die Bedarfsprognose in den Bereichen 0 – 3 und 3 – 6,5 Jahren vor. Insgesamt ist eine Entspannung bezüglich der Versorgungssituation zu erwarten. Dennoch wird darauf aufmerksam gemacht, dass es in einzelnen Gebietseinheiten des Landkreises noch zu Wartelisten kommen wird und in anderen Gebietseinheiten Freiplätze verzeichnet werden. Es wird dabei angeregt, hier die Verfahren von gebietsübergreifender Platzversorgungen anzupassen. Die Gesamtplanungen der Stadt und Gemeinden entsprechen der aufgezeigten Situation. Die Entwicklungen befinden sich auf einem guten Weg. Aufgrund äußerer Umstände wird es ggf. schwierig, die zeitlichen Planungen entsprechend einzuhalten.

Frau Peukert übernimmt mit dem Schwerpunktthema der Inklusion im frühkindlichen Bildungsbereich. Die rechtliche und fachliche Verortung behinderter Kinder wird dargestellt sowie auch Informationen über die Frühförderung im Landkreis Peine. Frau KTA Weigand geht auf die Problematik ein, dass wenn Betroffene einen Integrationsplatz (I-Platz) erhalten, dieser oft nur die Kernbetreuungszeit abdeckt. Sie berichtet, dass Eltern die Betreuungszeiten in der Kernbetreuungszeit nicht ausreichen, um eine berufliche Tätigkeit aufzunehmen.

Herr KTA Falk erwähnt, dass die Vorlage 2025/080 im Kreistagsinformationssystem nicht abrufbar ist. Er merkt an, dass die Vorlagen vor der Sitzung zur Verfügung gestellt werden sollten.

Herr Gebers stellt anhand einer Übersicht die Versorgung von Menschen mit Einschränkungen im Bereich 0 – 7 Jahren vor. Er zeigt den gemeldeten IST-Stand auf und äußert Einschätzungen und Vermutung zur Planung. Aufgrund der Datenlage erweist sich das Monitoring und die Planung als herausfordernd. Für die kommende Abfrage sollen Anpassungen erfolgen.

Zum Abschluss gibt Frau Peukert einen Ausblick, welche Maßnahmen aus pädagogischer Sicht erfolgen sollten und bedankt sich für die Aufmerksamkeit.

Auf die Nachfrage von Frau Horrmann-Brandt, ob die in der Präsentation genannten Zahlen dem Protokoll beigefügt werden können, bestätigt Herr Zilling, dass die entsprechende Tabelle als Anlage angehängt wird.

Frau Beier erkundigt sich, wie ein Betreuungsplatz als ortsnah definiert wird. Frau Peukert antwortet, dass es sich hier um einen Zeitumfang von 30 Minuten handelt. Diese Angabe kann nach gerichtlicher Zumutbarkeit allerdings unterschiedlich definiert werden. Frau Denecke merkt an, dass aus ihrer Sicht eine Fahrtzeit von 30 Minuten weder mit dem Auto noch mit öffentlichen Verkehrsmitteln zufriedenstellend ist und die Definition von wohnortsnah nicht 30 Minuten sein sollte. Herr Zilling ergänzt hierzu, dass es aus pädagogischer Sicht ideal wäre, die Kinder im jeweiligen Wohnort unterzubringen. Um aber jedem Kind einen Platz anbieten zu können, wäre es wünschenswert, gemeindeübergreifend Freiplätze nutzen zu können. Die lebensweltorientierte Unterbringung ist dann die weiterführende Optimierung.

Frau Plett benennt die Problematik, dass heilpädagogische Fachkräfte ausgebildet werden müssen und diese Kräfte derzeit fehlen. Zusätzlich müssen Ausfallzeiten abgedeckt werden. Es wird ein Ansatz benötigt, wie neue Fachkräfte hier im Landkreis ausgebildet werden können. Sie benennt beispielhaft, dass mit einem Verband, ggf. mit dem Zusammenschluss mit anderen Landkreisen, solche Möglichkeiten geschaffen werden könnten.

Frau Denecke merkt an, dass es den § 16 DVO-NKiTaG bereits seit vielen Jahren gibt und der § 45 SGB VIII diesen nicht aufhebt. Sie erfragt, warum es noch kein regionales Inklusionskonzept gibt. Frau Prof. Dr. Friedrich erläutert, dass seit vielen Jahren diskutiert werde, warum behinderte Kinder einem anderen Rechtskreis zugeordnet werden, als Kinder ohne Behinderung.

Die Bundesregierung hat 2024 den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Ausgestaltung der Inklusiven Kinder- und Jugendhilfe (IKJHG) beschlossen. Weitere landkreisspezifische Bedarfe sind in der Inklusionskonferenz des Landkreises Peine im Mai 2025 formuliert worden. Das Thema Inklusion bekommt im Landkreis Peine zunehmend große Aufmerksamkeit und wird in Maßnahmeplänen konkretisiert.

Herr Hebisch äußert, dass der Jugendhilfeausschuss seit vielen Jahren diese Zahlen betrachtet und im Groben jedes Jahr benennt. Die gesetzlichen Grundlagen hierzu seien zwar vorhanden, aber in der Realität werden sie nicht umgesetzt, was besser werden müsse. Er fragt, was die Mitglieder des Ausschusses mit diesen Informationen machen. Frau KTA Weigand antwortet, dass die Informationen in die anderen Ausschüsse getragen werden und

daran gearbeitet wird. Sie erläutert, dass die vorhandenen Aufgaben durch die Politik getragen werden und es dann entschieden und begleitet werden muss. Herr KTA Meyer berichtet, dass auch wenn die Aufgaben bekannt sind, es Zeit benötigt, diese umzusetzen. Unterschiedliche Vorgaben und Regelungen müssen abgearbeitet werden. Herr KTA Falk ergänzt, dass auch die finanzielle Situation in den Kommunen eine Rolle spiele. Es fehlen finanzielle Mittel, ohne die ein Bau nicht umzusetzen sei.

Herr Steckel betont, dass trotz aller Bemühungen die Kinder leer ausgehen, obwohl ein Rechtsanspruch besteht. Er ergänzt, dass Kinder aufgrund fehlender Platzangebote Schwierigkeiten in der Vorbereitung auf die Schule bekommen können. Herr Zilling äußert aus diesem Grund den Wunsch dieses Thema interkommunal zu betrachten. Er merkt an, dass eine Zusammenarbeit aller Gemeinden mit dem Landkreis im Interesse der Kinder erfolgen sollte.

6 . Aktueller Sachstand der Präventionsketten (in Kooperation mit der Kitafachberatung des Landkreises Peine) Vorlage: 2025/082

Frau Behrens und Frau Peukert aus dem Fachdienst 34 stellen anhand einer Präsentation den aktuellen Sachstand der Präventionsketten vor. Die Präsentation liegt dem Protokoll bei. Es werden die aktuellen Maßnahmen und Zielsetzungen erläutert. Frau Peukert berichtet über erfolgreiche Online-Seminare für Eltern und für Fachkräfte, um den Übergang KiTa und Grundschule zu gestalten, und stellt die präventiven Angebote vor.

Frau Behrens geht auf die Thematik der Armut ein und berichtet von Projekten und Angeboten mit dem Ziel, betroffene Familien bedarfsgerecht zu unterstützen. Es werden u. a. durchgeführte, geplante und bereits begonnenen Maßnahmen genannt.

Frau Behrens berichtet, dass die Präventionsketten für den deutschen Kita-Preis 2025 nominiert wurden. In der Kategorie der lokalen Bündnisse gehören die Präventionsketten zu einem der 15 nominierten Bewerbern. Herr Zilling bedankt sich bei den Beteiligten für die gute Arbeit und freut sich, dass auch Außenstehende anerkennen, was die Mitarbeitenden hier leisten. Zusätzlich bedankt Herr Zilling sich bei den Ausschussmitgliedern für die Unterstützung der Präventionsketten. Im Ausblick werden die Schwerpunktthemen für 2026 benannt und ein neues Präventionsketten-Förderprogramm angesprochen. Herr Zilling zeigt auf, dass eine digitale Angebotsübersicht für Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden soll.

Zum Abschluss bedankt Frau Behrens sich für die Aufmerksamkeit.

Frau KTA Weigand freut sich über den Dank an den Ausschuss betont jedoch, dass aus ihrer Sicht der Dank den Mitarbeitenden gilt. Sie stellt fest, dass sie es als bedauerlich empfindet, dass solche Maßnahmen überhaupt nötig sind. Sie vertritt die Ansicht, dass Bildung in

einem wohlhabenden Staat wie Deutschland ohne finanzielle Belastung zugänglich sein sollte.

Herr Steckel erläutert, dass der Zeitpunkt, zu dem die Mappen für den Übergang Kita-Grundschule verteilt werden, aus seiner Sicht nicht rechtzeitig sei. Für die Kinder beginnt die aktive Vorbereitung im letzten Kita-Jahr, wobei der Anmeldezeitraum bereits vorher beginne. Frau Behrens bedankt sich für die Anmerkung und antwortet, dass der Zeitpunkt noch mal betrachtet wird, um zukünftig eine gute zeitliche Lösung zu finden.

Herr Zilling ergänzt, dass sich die Angebote, die zu Beginn mit der Stadt Peine erarbeitet wurden, sich nicht auf das Stadtgebiet begrenzen. Jede Gemeinde kann mitwirken und es wird sich gewünscht, dass weitere Gemeinden hinzukommen.

7 . Aktueller Sachstand AG § 78
- vertagt auf die nächste Sitzung -
Vorlage: 2025/083

Herr Zilling erkundigt sich bei den Ausschussmitgliedern, in welcher Form weitere Informationen zu diesem Thema benötigt werden. Frau Horrmann-Brandt und Frau Denecke äußern, dass aus ihrer Sicht die in der Vergangenheit vorgestellten Informationen ausreichend waren und die geplante Einführung des Tagesordnungspunktes ausreichend ist. Unter diesem Tagesordnungspunkt kann Herr Brandis als Vertreter der AG § 78 aus den aktuellen Terminen berichten.

Der Ausschussvorsitzende Herr KTA Meyer erklärt, dass keine weiteren Erklärungen und Vorstellungen hierzu notwendig sind und zukünftig der Tagesordnungspunkt zum Bericht aus der AG § 78 eingeführt wird.

Die Informationsvorlage 2025/083 wird zurückgezogen.

8 . Informationen der Verwaltung
- Aktuelle Personalsituation im Jugendamt
- Aktueller Sachstand Ganztage
- Inklusive Bildungslandschaft
- Frühe Hilfen „Qualitätsworkshop“
- Schreibkraft für den Kreisjugendring
- Bericht aus dem Präventionsrat

Aktuelle Personalsituation im Jugendamt:

Herr Gebers stellt anhand einer Übersicht die aktuelle Personalsituation der Sozialraumteams vor. Es befinden sich derzeit zwei Sozialraumteams in der gelben Phase und eins in der grünen Phase. Die Übersicht ist dem Protokoll beigelegt. Die Farben rekurrieren auf das früher im Ausschuss vorgestellte sogenannte Ampelsystem, welches den Kinderschutz nach § 8a SGB VIII jederzeit und auch bei Personalengpässen sicherstellen soll.

Aktueller Sachstand Ganzttag:

Frau Prof. Dr. Friedrich berichtet, dass der Landkreis Peine einen Antrag auf Bundesmittel für eine Stelle der Ganztagskoordination gestellt hat und dieser nunmehr bewilligt ist. Das bedeutet, dass der Landkreis eine befristete Stelle für vier Jahre zur Koordination des Ganztages erhält, wobei der Bund 50% der Personalkosten übernimmt. Der Ausbau der Ganztagsbetreuung an Grundschulen wird im Landkreis Peine als „inklusive Ganzttag“ betitelt. Der Landkreis Peine ist der Transferagentur Niedersachsen e. V. im Jahr 2025 als Basismitglied beigetreten. Die Transferagentur berät landesweit bei Fragen zur Umsetzung und Gestaltung der entsprechenden Maßnahmen und hat im März im Landkreis Peine eine erste Werkstatt „Inklusiver Ganzttag“ moderiert. Das nächste Austauschformat findet am 26.06.2025 statt. Am 11.06.2025 findet in Walsrode der vom NLT organisierte Ganztagskongress statt. Viele teilnehmende Landkreise und Städte erwarten eine baldige Auflösung der bestehenden rechtlichen Ungewissheiten und eine Klärung der aktuellen Lage für eine transparente Entwicklung der Rahmenbedingungen. Der Landkreis ist mit mehreren Personen vertreten.

Frau Prof. Dr. Friedrich merkt – unter Vorbehalt der Veränderlichkeit der aktuellen Entwicklung - an, dass eine mögliche Lösung in Niedersachsen denkbar wäre, bei der sich die Landkreise/Städte der Aufgabe der Ferienbetreuung annehmen und das Land die Betreuungszeiten während der Schulzeiten verantwortet. Sie betont, dass es sich hierbei um eine vorläufige Einschätzung handelt, die sich je nach weiteren Entwicklungen noch ändern kann.

Frau KTA Weigand teilt mit, dass bereits in der Sitzung des Ausschusses für Schulen und Kindertagesstätten der Gemeinde Ilsede beschlossen wurde, dass zur Erfüllung des Rechtsanspruches ein externer Träger mit der Aufgabe der Organisation und Durchführung in der Gemeinde Ilsede beauftragt werden soll, der sowohl den Ganzttag während der Schulzeit als auch der Ferienzeit abdecken soll. Frau Prof. Dr. Friedrich weist auf die Verortung im SGB VIII hin und betont, dass hier Fragen des Fachkräftegebots und die Verantwortung des örtlichen Trägers oder Kinder- und Jugendhilfe noch nicht geklärt sind.

Frau Denecke erfragt die Aufgaben der Ganztageskoordination beim Landkreis, wenn die Gemeinden diese Aufgabe an externe Träger vergeben. Frau Prof. Dr. Friedrich antwortet, dass die Thematik sich im Rechtskreis des SGB VIII befindet und sich zwei Gebietskörperschaften bereits zu der Zusammenarbeit mit dem Landkreis geäußert haben. Die Ganztageskoordination wird u. a. für die Koordination der Chancengleichheit eingesetzt, um Bildungschancen für alle Kinder im Landkreis Peine zu erhöhen. Hierfür wird im zweiten Workshop Ganzttag allen Gemeinden und der Stadt Gelegenheit gegeben, ihre Anliegen und Bedarfe an die Koordinierungsstelle „Inklusiver Ganzttag“ einzubringen.

Inklusive Bildungslandschaft:

Herr Zilling berichtet, dass die Landesschulbehörde einer Beteiligungsbefragung zugestimmt hat. Im letzten Treffen berichteten die beteiligten Grundschulen und die TEL-Teams aus dem Sozialraum Stadt des Landkreises Peine gemeinsam, dass sich die Zusammenarbeit zwischen dem Jugendamt und der Schule bereits positiv verändert habe.

Frühe Hilfen „Qualitätsworkshop“:

Herr Zilling berichtet, dass Frau Dr. Blöcker, Netzwerkkoordinatorin Frühe Hilfen, einen Antrag auf wissenschaftliche Begleitung gestellt hat, mit dem Ziel, die Qualität der Netzwerkarbeit zu optimieren und zu stärken. Zudem merkt er an, dass die „Frühen Hilfen“ des Landkreises Peine wirkungsvoll und repräsentativ Maßnahmen umsetzen.

Schreibkraft für den Kreisjugendring:

Herr Zilling erfragt, ob aus den Fraktionen, wie angekündigt, ein Auftrag formuliert wurde, in welchem Umfang eine Beschlussvorlage für die Schreibkraft im Kreisjugendring erstellt werden soll. Die Verwaltung erhält den Auftrag einer Beschlussvorlage.

Bericht aus dem Präventionsrat:

Frau Prof. Dr. Friedrich berichtet, dass im Präventionsrat sechs Projektideen diskutiert wurden und teilte mit, dass zwei Projekte den größten Zuspruch im Sinne einer Zustimmung zur einer zeitnahen Umsetzung erfahren haben. Bei diesen handelt es sich um das Projekt „Digitale Gewalt im Klassenzimmer“ und „Demokratiebildung in der Zusammenarbeit mit der kvhs“.

9 . **Ausblick**

- Careleaver
- OWi

Careleaver:

Herr Zilling erklärt, dass in der nächsten Sitzung über das Thema Careleaver berichtet wird. Anlass dazu war die Aussage von Frau KTA Weigand, die von einer Betroffenen berichtete.

OWi:

Herr Zilling informiert, dass in der nächsten Sitzung eine Sachvorstellung erfolgt, wie die Verwaltung sich in dem Themenbereich aufstellen möchte. Es sind Veränderungen erforderlich, die sich aus rechtlichen und organisatorischen Maßnahmen ergeben. Es wird eine Beschlussvorlage zur zukünftigen Ausgestaltung in die Politik gegeben werden.

10 . **Anfragen und Anregungen**

Frau KTA Weigand merkt an, dass ein neuer Beamer in der FTZ benötigt wird. Die Vorstellungen der aktuellen Präsentationen im Ausschuss sind nicht vollständig zu erkennen. Far-

ben lassen sich nicht korrekt abbilden und Grafiken benötigen oft eine bildliche Beschreibung.

Herr Hebisch ergänzt zum TOP 8 „Schreibkraft für den Kreisjugendring“, dass im Protokoll vom 25.03.2025 eine Beschlussvorlage angekündigt wurde.

Es gibt darüber hinaus keine Anfragen und Anregungen.

Um 19:25 Uhr beendet Ausschussvorsitzender Herr KTA Meyer die Sitzung.

Maik Meyer
Ausschussvorsitz

Prof. Dr. Andrea Friedrich
Kreisrätin für Soziales

Dina Jahns
Protokollführung